

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nummer 120.- M. Durch Aussträger 500.- M. pro Woche. Durch die Post 2000.- M. pro Monat und Nachzahlung d. Differenzbetrages an die Produktivgenossenschaft Redaktionsprechstunde: 5-6 Uhr nachmittags. - Postfachkonto Nr. 81050. - Fernschreib-Anschluß: Breslau, Kling 8887

Dienstag, 27. März 1923.

Anzeigenpreise: Die Doppeltene Millimeterzeile über deren Raum 50.- Mark Stellen- und Wohnungsgesuch, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 15.- M. Kleine Anzeigen per Wort 3.- Mark. - Kellam: Die Millimeterzeile Doppelt, über deren Raum im Text 150.- Mark

Kampfmaßnahmen!

Gegen den räuberischen Überfall des französischen Imperialismus auf das Ruhrgebiet und die drohende Kriegsgefahr! Manifest der Frankfurter Konferenz.

Die in Frankfurt tagende internationale Konferenz, die auf Initiative der rheinisch-westfälischen Betriebsräte einberufen wurde, und die besetzt ist von Delegierten der wichtigsten europäischen Länder und vereint Arbeiter der verschiedenen Richtungen: Sozialdemokraten, Unabhängige Syndikalisten, Kommunisten und revolutionäre Gewerkschaftler, beschließt auf Grund der durch die Ruhrbesetzung geschaffenen Lage:

1. Der Kampf gegen die Okkupation muß national und international, besonders in Deutschland, Frankreich und Belgien, in gesteigertem Maße fortgeführt werden. Die Lösung in diesem Kampfe ist:

Hinaus aus den okkupierten Gebieten!

2. für die Beseitigung aller internationalen Raubverträge und vor allem gegen den Vertrag von Versailles

3. Zur Durchführung dieses Kampfes ist eine planmäßige Agitationsarbeit in der Armee:

im allgemeinen und unter den Truppen im besetzten Gebiet im besonderen zu führen. Die Aufklärungsarbeit unter den weißen und farbigen Soldaten ist die wichtigste Aufgabe der nächsten Periode.

4. Zwischen der Arbeiterschaft und den Truppen im besetzten Gebiet ist eine systematische Arbeit zur Verbrüderung dieser von den feindlichen Bourgeoisien aufeinander gesetzten Arbeitsklaven zu organisieren. Den französischen, belgischen und englischen Soldaten muß durch die Tat bewiesen werden, daß die deutschen Arbeiter den herrschenden Klassen in Deutschland und Frankreich gleichermaßen unpersonlich gegenüberstehen.

5. Der notwendige

Aufbau der zerstörten Gebiete ist auf Kosten der herrschenden Klassen aller Länder

unter Kontrolle der proletarischen Organisationen durchzuführen, bis der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete durch den allgemeinen sozialistischen Aufbau gelöst wird.

6. Die Arbeit unter der Jugend, unter den Frauen und den ehemaligen Kriegsteilnehmern und -opfern muß in verstärktem Maße in allen Ländern aufgenommen werden. Die revolutionären Jugendorganisationen und internationalen Kriegsteilnehmerorganisationen, die schon ihren Kampf erfolgreich begonnen haben, müssen, wie die revolutionären Frauen, noch mehr zum aktiven Kampf des Gesamtproletariats gegen den Krieg, Imperialismus und Faschismus herangezogen werden.

7. Aus allen Ländern, besonders aus Frankreich, Belgien und England müssen

Reisende von Vertretern aus den Betrieben und Gewerkschaften nach dem Ruhrgebiet

organisiert werden, damit diese Vertreter mit der Lage der Arbeiter im besetzten Gebiet bekannt werden, die unter dem Doppelschlag ihrer eigenen und fremden Ausbeuter schmachten.

8. Es müssen

deutsch-französisch-russische Bruderschaften

der Arbeiter der wichtigsten Industriezweige, vor allem der Eisenbahnen, Berg- und Metallarbeiter gebildet werden. Aufgabe dieser Bruderschaften ist es, gemeinsame Solidaritätsaktionen vorzubereiten und durchzuführen und mitzuhelfen, die vom Aktionskomitee organisierten internationalen Aktionen den entsprechenden Umständen gemäß zu koordinieren.

9. International und national müssen

Kontrollkommissionen

aus den Arbeitern jener Industriezweige gebildet werden, die für den Transport und die Herstellung der Kriegsmittel verwendet werden (Arbeiter der Rüstungsbetriebe, Luftfahrzeuge, chemische Fabriken, Bergbau, Seeleute, Eisenbahner und Transportarbeiter). Diese Kontrollkommissionen müssen in erster Linie an den Grenzen, in den

Eisenbahnknotenpunkten und den wichtigsten Häfen geschaffen werden.

10. Spezialkonferenzen von Vertretern der Betriebsräte und Gewerkschaften aus Deutschland, Frankreich, Belgien und den besetzten Gebieten, besonders aus Paris, Brüssel und Rheinland-Westfalen, sowie Berlin, müssen sofort organisiert werden zur Erörterung aller Fragen, die mit der Lage der Arbeiterklasse im besetzten Gebiet verbunden sind, um über die zweckmäßigsten gemeinsamen Kampfmaßnahmen zu beraten.

11. Vom 15. bis 22. April muß in allen Ländern eine internationale Protestwoche gegen die Besetzung des Ruhrgebietes

durchgeführt werden. Diese Demonstrationen und Demonstrationen müssen ausgeweitet werden zu massiven Kundgebungen gegen den Versailler Raubvertrag, gegen die Kriegsgefahr und gegen den Faschismus. Zu diesen Kundgebungen sind die Arbeiterorganisationen aller Richtungen und hauptsächlich die breiten parteilosen Massen der Arbeiterklasse heranzuziehen.

12. Während dieser Woche muß in den Parlamenten aller Länder und den Gemeinden die außerparlamentarische Kampagne gegen die Kriegsgefahr und Ruhrbesetzung unternommen werden.

13. In dieser internationalen Protestwoche muß überall gegen die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie

der Kampf aufgenommen werden. Die Schaffung der proletarischen Einheitsfront und die Organisation eines internationalen Streites

im Falle diplomatischer und kriegerischer Verwicklungen kann nur siegreich durchgeführt werden durch ständigen zähen und unerbittlichen Kampf gegen all die verschiedenen Maßnahmen der Kapitaloffensive.

14. Die internationale Konferenz wählt aus ihrer Mitte Delegationen, die mit der Amsterdamer und z. B. der Wiener Arbeitsgemeinschaft, sowie den Organisationen der Arbeiter der verschiedenen Länder über die Vorbereitung und Durchführung dieser Protestwoche und die Bildung der proletarischen Einheitsfront zum Kampf gegen Faschismus, Kriegsgefahr und Versailler Friedensvertrag verhandeln. Diese Delegationen werden aus Anhängern der verschiedenen, auf der Konferenz vertretenen Richtungen zusammengesetzt.

15. Die Konferenz wählt ein 21gliedriges

internationales Aktionskomitee aus Vertretern aller auf der Konferenz anwesenden politischen und wirtschaftlichen Organisationen. Schließen sich nach der Konferenz noch nicht vertretene politische oder gewerkschaftliche Organisationen der internationalen Kampffront an, so können diese Vertreter in dieses internationale Aktionskomitee delegieren.

16. Das internationale Aktionskomitee wird in seiner Eigenschaft als außerparteiliches Organ beauftragt, kameradschaftliche Beziehungen mit den Arbeiterorganisationen aller Richtungen anzuknüpfen und aufrecht zu erhalten. Wo sich die Spitzen der nationalen und internationalen Organisationen weigern, mit dem Komitee zusammenzuarbeiten, wird dasselbe beauftragt, sich über die Köpfe der Führer unmittelbar an die Massen, die Betriebe, die Betriebsräte und die örtlichen Organisationen zu wenden.

17. Das internationale Aktionskomitee hat die Aufgabe, alle politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Welttätigen zum Kampf gegen den internationalen Imperialismus zusammenzufassen. Zu diesem Zweck soll das internationale Aktionskomitee mit allen Arbeiterorganisationen über die Einberufung eines internationalen Arbeiterweltkongresses

zum Kampf gegen Krieg, Imperialismus und Faschismus verhandeln.

18. Die Konferenz beauftragt das internationale Aktionskomitee, einen Kampffonds zur Aufbringung der Mittel für die Einberufung der internationalen Einheitsfront zu schaffen. Alle Arbeiter sind beauftragt, Sammlungen für diesen Kampffonds zu organisieren und die gesammelten Beiträge an das internationale Aktionskomitee anzuliefern.

(Die Ausführungsbestimmungen für einzelne Länder

Zu dem Streit in Oberschlesien.

Von Anton Jadasch-Gleitsch.

Die Ursachen des Streites.

Nach den nationalen Kämpfen und Kämpfen in Oberschlesien blieben in Deutsch-Oberschlesien ziemlich starke nationalistische „Selbstschutz“-verbände oder Ortschaftsformationen bestehen. Diese Formationen hatten bis zum Jahre 1922 hauptsächlich der nationalen Abwehr gegen die Polen gedient. Zugleich aber dienten sie als Terrorformationen gegen die klassenbewußten Arbeiter. Von den Unternehmern wurden sie ausgehalten. Die Bismarckhütte hatte nach Ansicht des Obmannes Bedniewski in die Geschäftsbücher bereits im Jahre 1920 einen Posten von 6 Millionen Mark für die Selbstschutzwverbände ausgegeben. Wehliche Summen stifteten im selben Jahre die festschlesischen Gruben von Königshütte, Bieschowitz und Zaborze. Desgleichen stifteten 1921 auch von vielen anderen Privatbetrieben Nachrichten über Zuschüsse an die Selbstschutzwformationen durch. In letzter Zeit wurden diese Formationen eine direkte Gefahr für die Arbeiterschaft. Unter unverfänglichen Namen wie „Wertswehr“, „Wertsameradtschaft“, „Werts- und Grubensportverein“ übten sie auf einzelnen Anlagen einen ungeheuren Terror gegen die Arbeiterschaft aus. Sie bildeten das Spiegelbild der Verwaltungen und Direktionen.

Ja, es kam sogar so weit, daß man durch diese Formationen in den Betrieben mißliebigen Organisationssekretären den Eintritt in den Betrieb verwehrte. Natürlich mußte als eine Reibung mit der Arbeiterschaft erfolgen.

In manchen Betrieben wirkten sich die Terrorformationen im Interesse der Unternehmer sehr scharf aus.

Unter solchen Umständen rückte die Zeit heran, wo durch eine tarifliche Vereinbarung, an die krankfeiernden Arbeiter von der dritten Woche ab der Soziallohn zum Krankengeld gezahlt werden sollte. Desgleichen sollten an die Invaliden und Witwen eines jeden Wertes 45 Zentner Deputatslohn gegen eine Schreibgebühr von 0,50 Mark per Zentner verabfolgt werden. Dafür sollten die arbeitsgemeinschaftlichen Sekretäre die Bergarbeiter für Ueberstichtungen im Bergbau gewinnen. Eine Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre wurde, eingeleitet durch die Funktionäre, dazu gebracht, mit knapper Stimmenmehrheit einen Beschluß für Leistung von Ueberstunden durchzuführen. Die Arbeiter jedoch lehnten allgemein die Ueberstichtungen ab.

Nachdem also die Unternehmer die Wahrnehmung machen mußten, daß die Arbeiter keine Ueberstichtungen verfahren wollen, brachen sie die obengenannte tarifliche Vereinbarung. Dies löste urplötzlich eine ungeheure Erbitterung unter den Arbeitern aus. Die radikalen Betriebsräte einzelner Betriebe wurden daraufhin bei ihren Verhandlungen vorstellig und drängten auf Erfüllung der obigen zwei Zugeständnisse.

Dies war das Signal für die Unternehmer, ihre Terrorhorden gegen die Betriebsräte zu hegen. Am schärfsten kam dies im Borjigwerk und der Schwesteranlage Hedwigs wunschgrube zum Ausdruck.

Im Borjigwerk wurden seit länger Zeit Gemehr- und Maschinengewehre waggeweise zum Einschmelzen verbraucht. Aus diesem Material wurde das Brauchbare herausgenommen und durch Schlosser und andere Handwerker wurden gut funktionierende Waffen hergestellt. (In einer Abteilung wurden Tag und Nacht Gewehrrohre hergestellt.) Dies war der Verwaltung nicht unbekannt.

Das Borjigwerk verfügte nicht nur über Waffen, sondern auch über eine starke Organisation der Faschisten.

Die faschistische Organisation fing nun an, die revolutionären Betriebsräte ihres Wertes zu bedrohen. Der Betriebsrat holte die Arbeiterschaft beider Anlagen zusammen, wandte sich an die Polizei und diese beschlagnahmte ein größeres Waffenlager der Faschisten. Ein ähnliches Waffenlager ließen auch die Hindenburg Betriebsräte der Donnersmardhütte den Faschisten durch die Polizei ausheben. Darüber große Entrüstung und Mut unter den Faschisten und ein Beschluß ihrerseits, öffentlich zu demonstrieren gegen die Polizei. Die Arbeiterschaft forderte die polizeilichen Schutzorgane auf, diese Demonstration zu verbieten. Die Demonstration sollte am 24. Februar 1923 in Form eines Fackelzuges stattfinden. Ungefähr 1500-2000 18-20jährige Burshen hatten sich zu dieser Demonstration eingefunden. Die Arbeiterschaft griff nicht aktiv ein, weil der sozialdemokratische Polizeipräsident versprochen hatte, die Demonstration zu verbieten.

Tatsächlich griff auch die Polizei mit einer Hundertschaft und dann mit zweien ein. Es kam zu einem regel-

